

Wahlen in Bolivien: zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada; Bauernvertreter dominieren die Opposition

Goedeking, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Goedeking, U. (2002). *Wahlen in Bolivien: zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada; Bauernvertreter dominieren die Opposition*. (Brennpunkt Lateinamerika, 14). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443366>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 14

5. August 2002

ISSN 1437-6148

Wahlen in Bolivien: Zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada – Bauernvertreter dominieren die Opposition

Ulrich Goedeking

Am 4. August wählte der Kongress den 72-jährigen Gonzalo Sánchez de Lozada mit absoluter Mehrheit erneut zum Präsidenten Boliviens. Einen sensationellen zweiten Platz erzielte der umstrittene Chef der Cocabauerngewerkschaft Evo Morales. Die Wahlen vom 30. Juni haben die politischen Kräfteverhältnisse in Bolivien drastisch verändert. Zwar ist der zukünftige Präsident Sánchez de Lozada allseits bekannt, er amtierte schon von 1993 bis 1997, aber die Rahmenbedingungen für das Regieren sind andere. Überraschend hatte Bauernführer Evo Morales bei den Wahlen vom 30. Juni den zweiten Platz, knapp vor dem Favoriten Manfred Reyes Villa, erreicht. Die neue politische Landschaft Boliviens ist geprägt durch Protest gegen den Status Quo und durch eine größere Präsenz indigener Abgeordneter als je zuvor. Die etablierten Parteien befinden sich in der Defensive. Zwar regieren sie weiter, aber ihr Monopol auf die politische Macht ist mit diesem Wahlergebnis in Frage gestellt worden.

Noch nie war die Auszählung der Stimmen nach einer Parlamentswahl in Bolivien so spannend. In den Tagen nach dem 30. Juni verfolgten die Protagonisten ebenso wie die Wählerinnen und Wähler teils fassungslos, teils nachdenklich und teils tief enttäuscht den schier unaufhaltsamen Aufstieg von Evo Morales, dem Chef der organisierten Cocabauern. Lange schien es auf einen dritten Platz für ihn hinauszulaufen, aber letzten Endes setzte sich Morales mit nicht einmal 1.000 Stimmen Vorsprung im Kampf um den zweiten Platz gegen den Wahlfavoriten Manfred Reyes Villa durch. Das Rennen um den zweiten Platz stellte den Wahlsieger in den Schatten. Mit einem Stimmenanteil von lediglich 22,5% belegte Gonzalo Sánchez de Lozada, schon von 1993 bis 1997 Präsident, mit dem MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) den ersten Platz. Evo Morales und sein *Movimiento al Socia-*

lismo (MAS) kamen auf 20,94%, Manfred Reyes Villa und die *Nueva Fuerza Republicana* (NFR) auf 20,91% der Stimmen.

Eine Koalition von zwei Ex-Präsidenten

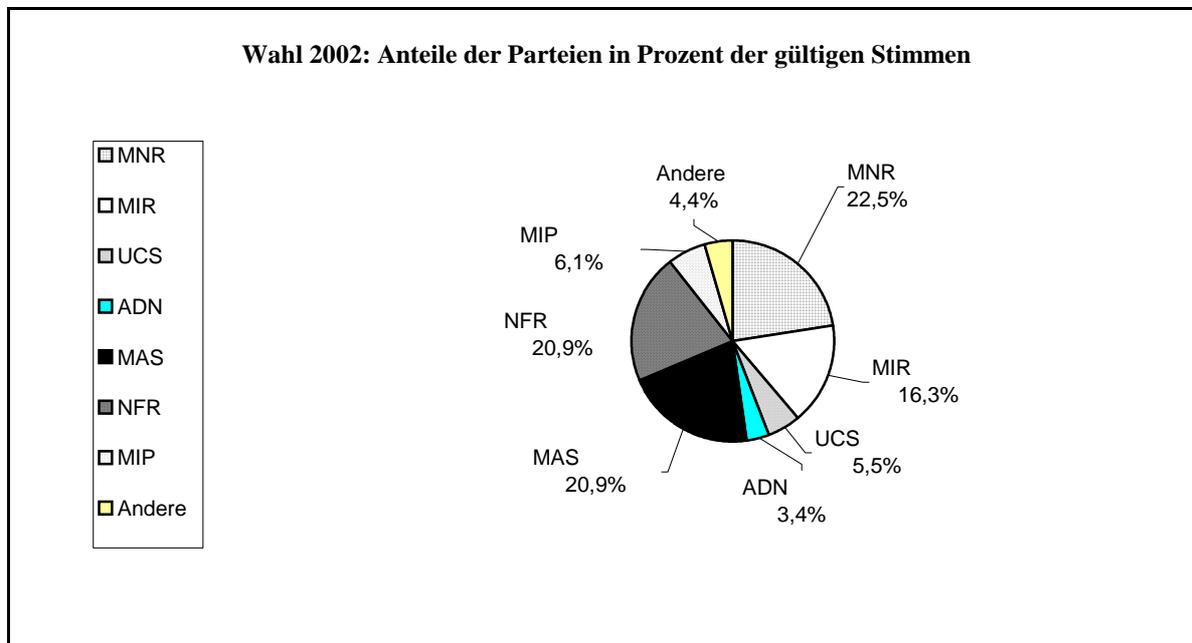
Es war keine Überraschung, dass Sánchez de Lozada am 6. August wieder das Präsidentenamt antreten wird. Nach mehrwöchigen Verhandlungen einigte er sich mit dem MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*) von Ex-Präsident Jaime Paz Zamora auf ein Regierungsbündnis. Paz Zamora erreichte mit 16,3% einen für ihn enttäuschenden vierten Platz. Darüber hinaus werden auch zwei große Verlierer Sánchez de Lozada zum Präsidenten wählen, so die bisherige Regierungspartei ADN (*Acción Democrática Nacionalista*), in der sich nach dem Tod des Parteipatriarchen Hugo Banzer nun Übergangspräsident Jorge „Tuto“ Quiroga mit Mühe

als Führungspersönlichkeit durchzusetzen scheint. Sie erreichte nur 3,4% der Stimmen. Außerdem wird wieder einmal die UCS (*Unidad Cívica Solidaridad*) des ehemaligen Bürgermeisters von Santa Cruz, Johnny Fernández, die Regierung stützen. Die Partei rutschte auf einen Stimmenanteil von 5,5% ab, dürfte aber auch in Zukunft als Mehrheitsbeschaffer ohne weiter gehende politische Ambitionen an den Früchten der Macht Anteil haben.

Bemerkenswert ist darüber hinaus der Einzug von Bauernführer Felipe Quispe – genannt *El Mallku*, „der Kondor“, – ins Parlament. Mit seinem *Movimiento Indígena Pachakutik* erreichte er 6,1% der Stimmen. Der große Konkurrent von Evo Morales um die Führungsposition in der bolivianischen Bauernbewegung pflegt gerne einen radikalen, antiweißen Diskurs. Damit hat er zwar das bewegungsinterne Duell gegen Morales verloren, gleichzeitig aber ein politisches Zeichen gesetzt, was die Vertretung und die Präsenz bolivianischer *indígenas* in der parlamentarischen Politik angeht. Verschwunden ist dagegen CONDEPA (*Conciencia de Patria*), die Partei, die in den 90er Jahren mit ihrem überwältigenden Erfolg unter den Aymaras von La Paz für viel Aufsehen gesorgt hatte. Die Partei hat den Tod ihres Caudillos, des Radio- und Fernsehmoderators Carlos Palenque, nicht überlebt, zu zerstritten waren seine potenziellen politischen Erbinnen –

seine Witwe, seine Tochter aus erster Ehe und seine engste politische Weggefährtin.

Die bolivianische Verfassung verleiht der Auseinandersetzung um den zweiten Platz eine außerordentlich große Bedeutung. Inzwischen darf nur noch einer der beiden stärksten Kandidaten Präsident werden, nachdem Jaime Paz Zamora 1989 als Drittplatzierter durch geschickte Koalitionsverhandlungen das Amt angetreten hatte. Die anderen müssen sich mit der Rolle als möglicher Koalitionspartner begnügen, wenn sie mitregieren wollen. Dabei gibt es keinen zweiten Wahlgang – wie in den meisten lateinamerikanischen Staaten, in dem der Präsident direkt gewählt würde –, sondern es muss, ähnlich wie in Deutschland, im Parlament eine Koalition gebildet werden. Der Präsident wird vom Kongress gewählt, bestehend aus den 130 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und den 27 Senatorinnen und Senatoren. Dabei sorgt das Wahlrecht dafür, dass die prozentualen Stimmenanteile der Parteien sich nicht genau in der Zusammensetzung des Kongresses widerspiegeln. Ins Abgeordnetenhaus ziehen, auch hier wieder eine Parallele zum deutschen System, Direkt- und Listenkandidaten ein. Im Senat sitzen für jedes der neun Departements drei Senatoren – die auf Departementebene stärkste Partei stellt zwei Vertreter, die zweitstärkste einen Senator, die anderen gehen leer aus.



Quelle: www.cne.org.bo, Website der Corte Nacional Electoral, La Paz.

Der MNR stellt insgesamt 47 Parlamentarier. Zusammen mit den 31 Sitzen des MIR und den jeweils fünf Abgeordneten von UCS und ADN ist die Wahl von Sánchez de Lozada zum Präsidenten sichergestellt. Stärkste Kraft in der Opposition ist der MAS

von Evo Morales mit 35 Sitzen vor der NFR mit 27 Parlamentariern. Dazu kommen der MIP von Felipe Quispe mit 6 Sitzen und ein Vertreter des kleinen PS (*Partido Socialista*).

Zusammensetzung des Kongresses nach den Wahlen von 2002

Partei	Abgeordneten-kammer	Senat	Insgesamt
MNR	36	11	47
MAS	27	8	35
MIR	26	5	31
NFR	25	2	27
MIP	6	0	6
UCS	5	0	5
ADN	4	1	5
PS	1	0	1
	130	27	157

Quelle: www.cne.org.bo, Website der Corte Nacional Electoral, La Paz.

Auf den ersten Blick scheint es, als habe sich nun eine Notkoalition aller etablierten Parteien zusammengefunden, während den Newcomern auf der politischen Bühne die Oppositionsrolle verbleibt. So vertrat Juan del Granado, Bürgermeister von La Paz und einer der führenden Köpfe der bolivianischen Linken, im Juli in Berlin die These, nahezu die Hälfte der Wählerschaft habe für einen Wechsel votiert, gegen die etablierten Parteien und für neue politische Kräfte.

Tatsächlich drückt sich in diesem Wahlergebnis eine weit gehende Unzufriedenheit mit den politischen Parteien und ihrem Spitzenpersonal aus, die sich seit 1985 in schöner Regelmäßigkeit in verschiedenen Koalitionskonstellationen an der Macht abwechseln. Differenzierungen sind allerdings notwendig. Vor allem gilt das für das Spektrum der vermeintlich „Neuen“. Zum einen sind weder Reyes Villa noch Evo Morales oder der „Mallku“ wirklich neu auf der politischen Bühne, zum anderen liegen zwischen ihnen politische Welten.

Tatsache ist, dass mit dem MNR und dem MIR wieder zwei der drei Parteien, die zusammen mit der ADN das politische Leben seit 1985 dominiert haben, die Regierung wesentlich tragen werden. Sie alle waren die Garanten für die viel beschworene Regierbarkeit eines Landes, dessen Bild nach außen über Jahrzehnte von unzähligen Militärputschen und politischer Instabilität geprägt war. 1985 setzte MNR-Präsident Víctor Paz Estenssoro mit Unterstützung der ADN das neoliberale Regelwerk in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch. Damit begann eine bislang ungekannte Phase parlamentarisch-demokratischer Stabilität, begünstigt durch die internationalen Rahmenbedingungen. Schließlich setzten die USA nicht mehr auf antikommunistische Militärdiktaturen, sondern auf gewählte Regierungen, die unter dem Druck von IWF und Weltbank zuverlässig die Kontinuität neoliberaler Politik gewährleisten. Historisch gewachsene Feindschaften und ideologische Differenzen traten in den

in den Hintergrund. 1989 ließ sich sogar MIR-Chef Jaime Paz Zamora, der seine Partei im Widerstand gegen die Banzer-Diktatur gegründet hatte, von eben diesem zum Präsidenten wählen. Im Jahr 1997 fiel schließlich das letzte Tabu: Hugo Banzer, der zuvor wegen seiner Vergangenheit als Militärdiktator immer im Hintergrund bleiben musste, wurde mit Unterstützung des MIR Präsident.

Die hochgelobte Koalitionsfähigkeit

Regierbarkeit, Konzertierung, Kontinuität – eine ganze Generation bolivianischer Sozialwissenschaftler hat jahrelang ein Loblied darauf gesungen, dass politische Parteien, die sich lange in einer Logik erbitterter Feindschaft und gegenseitiger Vernichtung bekämpft hatten, nun in einer parlamentarischen Demokratie koalitionsfähig geworden waren. Die Lobgesänge werden nun wohl trotz der neuen Regierungskoalition leiser werden, denn das Wahlergebnis vom 30. Juni 2002 hat die Defizite dieser Konstellation mehr als deutlich werden lassen.

Die ADN hat mit ihrem desaströsen Abschneiden nicht nur die Quittung für eine enttäuschende Leistung in der Regierungsverantwortung bekommen, sondern muss sich fragen, ob die Partei nach dem Tod ihres Gründers und Caudillos Hugo Banzer überhaupt noch eine Zukunft hat. Die Partei ist gespalten, hinter dem 42-jährigen Technokraten Jorge Quiroga steht die Fraktion der so genannten *pitufos*, der „Schlumpfe“, dagegen stehen die konservativen „Dinosaurier“. Banzer hatte schon Mitte der 90er Jahre versucht, die Nachfolge zu regeln – angesichts der Rivalität von gleich drei potenziellen ambitionierten Nachfolgern sah er sich allerdings gezwungen, die Parteiführung doch wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Der MIR hat die entsprechende Auseinandersetzung noch vor sich, noch ist Jaime Paz Zamora als unumstrittener Parteiführer präsent, und sein zweifellos vorhandenes Charisma sorgt dafür, dass der MIR immer wieder

leidlich gut abschneidet. Im MNR hat der Patriarch und Revolutionsheld von 1952, Víctor Paz Estenssoro, der selber noch 78-jährig im Jahr 1985 seine vierte Präsidentschaft antrat, mit seinem ganzen politischen Gewicht Gonzalo Sánchez de Lozada als Nachfolger durchgesetzt. Dieser kann sich zwar seitdem an der Parteispitze halten, er hat jedoch in der Partei viele einflussreiche Gegner. Zu distanziert ist der großbürgerliche Unternehmer gegenüber den Parteiapparatschiks, zu wenig ist er während seiner ersten Präsidentschaft deren Interessen entgegengekommen. Auch Sánchez de Lozada wird altersbedingt nach der bevorstehenden Präsidentschaft wohl seine Nachfolge regeln müssen, und alles deutet darauf hin, dass er nicht so leicht wie seinerzeit Víctor Paz Estenssoro einen Kandidaten seiner Wahl durchsetzen können wird. Alle drei großen Parteien – und nicht nur sie – leben von der überragenden Position ihrer Parteiführer. Innerparteiliche demokratische Meinungsbildungsverfahren sind praktisch unbekannt. Alle drei Parteien haben es in 17 Jahren stabiler parlamentarischer Demokratie versäumt, parteiinterne Strukturen aufzubauen, die einerseits inhaltliche Positionsbestimmungen auf eine demokratische Grundlage stellen und andererseits auch die Lösung von Personalfragen von den langjährigen Caudillos unabhängiger machen würde.

Der Elitenkonsens entscheidet

Die viel gepriesene Koalitions- und Konzertierungsfähigkeit der Parteien ist im Kern auf der Ebene von politischen Eliten stehen geblieben und dabei oft von einzelnen Personen abhängig. Entscheidend ist, ob Gonzalo Sánchez de Lozada und Jaime Paz Zamora ihre persönlichen Zerwürfnisse in den Hintergrund stellen können und nicht, ob MNR und MIR programmatische Gegensätze mit Kompromissen bewältigen. Wichtig war über Jahre hinweg die persönliche Abneigung Hugo Banzers gegenüber Sánchez de Lozada wegen früher gebrochener Versprechen und nicht eine vermeintliche Unvereinbarkeit der Positionen von MNR und ADN. Die *governabilidad*, die „Regierbarkeit“ Boliviens, war durch Elitenkonsense formal gesichert: Die Präsidenten regierten mit stabilen Mehrheiten, vorgezogene Wahlen hat es seit 1985 nicht mehr gegeben.

Die weit verbreitete Angst vor Instabilität hat viel dazu beigetragen, dass die etablierten Parteien immer wieder miteinander regieren konnten. Die tiefe Wirtschaftskrise der frühen 80er Jahre mit ihrer hyperinflationären Entwicklung hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Stabilität nach 1985 war für viele die Garantie dafür, dass das Leben in Bolivien zwar ökonomisch gesehen nicht unbedingt leichter wurde, aber doch leidlich berechenbar blieb. Diese Stabilität hat in den letzten Jahren allerdings Brüche bekommen, die im Wahlergebnis manifest gewor-

denen Veränderungen haben sich bereits vorher abgezeichnet. Zwar gehörten gelegentliche Blockaden wichtiger Fernstraßen durch protestierende Bauern immer zur politischen Normalität, jedoch haben die sozialen Proteste und Unruhen um die Jahrtausendwende Ausmaße erreicht wie nie zuvor seit 1985. Genannt seien als Beispiele nur der „Krieg um das Wasser“ in Cochabamba im Jahr 2000, als eine ganze Stadt durch den Protest gegen die Privatisierung der Wasserversorgung von ihren Bürgern lahm gelegt wurde, und die Bauernproteste in verschiedenen Regionen des Landes, deren Ausmaß und Schärfe in den letzten Jahren sehr zugenommen hat (vgl. *Brennpunkt* Nr. 12, 30.6.2001). In Bolivien reicht es nicht mehr, immer wieder den Status Quo fortzuschreiben und Stabilität zum Selbstzweck zu erklären. Dies ist die vielleicht wichtigste Botschaft des Wahlergebnisses vom 30. Juni. Relevante Teile der Gesellschaft verlangen weitergehende Reformen, und sie sind jedenfalls zum Teil bereit, auch das Risiko politischer Instabilität einzugehen, um Druck in diese Richtung auszuüben.

Fehlende Perspektiven für *indígenas*

In diesen Protesten manifestiert sich ein zentrales Versäumnis der etablierten Parteien. Sie waren nicht in der Lage, der indigenen Bevölkerungsmehrheit eine tragfähige und glaubwürdige Perspektive zu bieten im Hinblick auf mehr Partizipation und Repräsentation sowie auf ein Ende des überkommenen Machtmonopols der weißen, spanischsprechenden, städtischen Minderheit. In kurzfristigem Macht- und Wahlkalkül haben die Parteien weiter auf die so lang bewährten paternalistischen Mechanismen vertraut, um Bauern und städtische *indígenas* als Wähler weiter einzubinden.

Es gab aber einen ernst zu nehmenden Versuch, neue Akzente in diesem Sinne zu setzen. Die Regierung Sánchez de Lozada, insbesondere mit der Symbolfigur des Aymara-Vizepräsidenten Víctor Hugo Cárdenas, brachte von 1993 bis 1997 mit Bildungsreform, Dezentralisierung und der so genannten *Participación Popular* Projekte auf den Weg, die in diese Richtung wiesen. Die Kommunen erhielten neue Verantwortlichkeiten und staatliche Ressourcen, sodass es in begrenztem Ausmaß möglich wurde, politische Entscheidungen auf lokaler Ebene zu treffen. Es wäre übertrieben zu behaupten, diese Reformen seien in vollem Umfang gescheitert, aber sie haben bislang nicht zu einem nachhaltigen Wandlungsprozess geführt. Zu sehr hingen sie von einzelnen Personen ab, insbesondere von Gonzalo Sánchez de Lozada, der allerdings 1997 nicht zur Wahl antreten durfte. Da Sánchez de Lozada es versäumt hatte, seine Reformen auch innerhalb seiner Partei, dem MNR, als politisches Anliegen zu verankern, stand 1997 keine mehrheitsfähige

politische Konstellation zur Wahl, die die Reformen weitergeführt hätte.

Schon in den späten 80er Jahren schienen mit CONDEPA und UCS zwei neue Parteien entstanden zu sein, die den Anliegen des indigenen Boliviens gegenüber den etablierten Parteien Ausdruck verliehen. Beide allerdings waren ebenso paternalistisch organisiert und ebenso abhängig von der einen, dominierenden Führungsfigur, dass nach dem Tod der beiden Parteigründer – Max Fernández von der UCS 1995 und CONDEPA-Chef Palenque 1997 – jeweils ein Vakuum blieb. Dieses war für die CONDEPA, wie bereits erwähnt, politisch tödlich und wurde im Fall der UCS nur notdürftig von Fernández' Sohn Johnny ausgefüllt. Überdies ließen sich UCS wie auch CONDEPA gerne in die allgemeine „Pöstchenverteilung“ einbinden, sobald sich die Gelegenheit ergab, als Mehrheitsbeschaffer in eine Koalition einzutreten.

Evo Morales: ein sensationelles Ergebnis

Nun ist es an Evo Morales und auch an Felipe Quispe, ihren mit dem Status Quo der real existierenden Demokratie unzufriedenen Anhängern Alternativen zu bieten. Morales ist kein Neuling im Parlament. Seit 1993 ist er Abgeordneter, und im Jahr 1997 konnte er in der Cocaprovinz Chapare im Norden von Cochabamba einen überwältigenden Wahlsieg als Direktkandidat verbuchen. Im Januar 2002 musste er allerdings das Abgeordnetenhaus verlassen. In einer konzertierten Aktion warfen ihn die anderen Parteien aus dem Parlament, mit der Begründung, er sei politisch verantwortlich für blutige Auseinandersetzungen zwischen Cocabauern und Sicherheitskräften, bei denen unter anderem auch mehrere Polizisten starben. Die Verantwortung für die Todesopfer auf Seiten der Cocabauern wurde bei dieser Gelegenheit allerdings nicht thematisiert. Man wollte den Interessenvertreter der Cocabauern loswerden, da er zum einen das für das Verhältnis zu den USA hochsensible Thema immer wieder in den Vordergrund rückte und zum anderen zu einer der Führungsfiguren der bolivianischen Bauernbewegung geworden war. Niemand rechnete anscheinend damit, dass er, der so festgelegt schien auf seine Klientel, auf nationaler Ebene eine solche Zustimmung würde erzielen können.

Wofür steht Evo Morales politisch? Seine konkreten Forderungen beziehen sich auf das Thema Coca. Die US-amerikanischen „Berater“ in Sachen Drogenbekämpfung sollen das Land verlassen, jeglicher Einsatz von Polizei und Militär gegen Cocabauern und ihre Pflanzungen eingestellt werden. Für die Coca will Morales legale Märkte öffnen: Tee, Medikamente, Kosmetika, all die nützlichen Dinge, die aus Coca hergestellt werden könnten, verklären das grüne Blatt im Diskurs von Evo Morales zu einem friedlichen Beitrag zur wirtschaftli-

chen Entwicklung Boliviens. Hinzu kommt der Verweis auf die traditionelle, kulturelle Bedeutung der Cocapflanze für die andinen Gesellschaften. Diesen Diskurs kann Evo Morales allerdings nur glaubwürdig vertreten, solange er nicht in die Verlegenheit kommt, ihn auch politisch umsetzen zu müssen. Selbstverständlich könnten viele nützliche Dinge aus Cocablättern produziert werden, nur würden die Bauern mit Coca für Zahnpasta kaum die gleichen Preise erzielen wie innerhalb der Drogenökonomie. Es ist in Bolivien allgemein bekannt, dass die Coca aus dem Chapare nicht für den traditionellen Konsum verwendet wird, sondern für die Kokainproduktion. Es gibt zwar diejenigen Cocabauern, die angesichts der Repression und der damit verbundenen Risiken auf alternative Produkte umsteigen wollen, selbst wenn damit ein Einkommensverlust verbunden ist. Aber es gibt auch andere, die im Chapare in einer Hütte leben, gleichzeitig aber in Cochabamba Häuser und Autos kaufen. Die Letztgenannten wollen beides: Frieden im Chapare und weiterhin die Einkünfte, die nur der Absatz zur Kokainproduktion liefern kann. Diese Dimension des Problems blendet Morales in seinem Diskurs aus; das Thema Kokain beschränkt sich auf einen Verweis auf die Nachfrage in den reichen Staaten des Nordens. Solange er zu dieser Frage keine klaren Worte findet, wird er das Odium fehlender Distanz zum Drogengeschäft nicht loswerden.

Jenseits des Themas Coca finden sich im politischen Diskurs von Evo Morales viele Elemente aus dem globalisierungskritischen Ideenarsenal. Der Neoliberalismus ist das Feindbild; dementsprechend sollen die zentralen Maßnahmen, mit denen seit 1985 neoliberale Politik durchgesetzt worden ist, rückgängig gemacht werden. Dies gilt beispielsweise für die so genannte Kapitalisierung, die bolivianische Variante der Privatisierung von Staatsbetrieben. Bei aller berechtigter Kritik daran, dass 17 Jahre neoliberaler Politik in Bolivien keineswegs zur Armutsreduzierung beigetragen haben, fällt doch auf, wie wenig von Alternativen die Rede ist. Die politische Programmatik des Evo Morales ist geprägt von fundamental-oppositionellem Gestus; im Vordergrund steht das „Nein“ zu Missständen ohne genauere Auskünfte, wohin der politische Weg führen soll. Damit kann Morales zwar auf internationaler Ebene bei Globalisierungskritikern mit gesteigerter Aufmerksamkeit rechnen, eine prominente Rolle in der bolivianischen Regierung aber bleibt schwer vorstellbar.

Bislang war Morales als Parlamentarier eher Vertreter der Interessen der Cocabauern und darüber hinaus Wortführer einer sozialen Bewegung. Der offensichtlich auch für ihn vollkommen überraschende Wahlerfolg hat den Druck auf ihn erhöht, die Möglichkeit des „Evo Presidente“ zumindest politisch durchzubuchstabieren. Darauf war er in keiner Weise vorbereitet. So präsentierte er in den

Wochen nach der Wahl überraschende Pirouetten. Erst hieß es, er stehe für keinerlei Koalitionsverhandlungen zur Verfügung und wolle mit dem „Volk“ von der Straße aus Politik machen. Als Felipe Quispe, sein schärfster Konkurrent um die Führungsposition in der Bauernbewegung, stichelte, Morales sei zu feige für den Schritt an die Macht, vollzog der oberste Cocabauer eine Kehrtwendung und bot den anderen Parteien eine Zusammenarbeit an, allerdings unter der Bedingung, die anderen sollten ihn, Morales, zum Präsidenten wählen.

Der eine oder andere seiner Konkurrenten kokettierte zwar auch öffentlich mit der Möglichkeit eines Bündnisses, allerdings dürften solche Manöver taktischer Natur gewesen sein. Evo Morales ist ein rotes Tuch für die US-Botschaft und wäre selbst als „Juniorpartner“ – wozu er sich nie bereit erklärt hat – eine schwere außenpolitische Belastung für jede Regierung. Das Minenfeld der Regierungsverantwortung bleibt Morales so zunächst erspart. Überdies dürfte Morales wissen, dass er keineswegs eine konsolidierte Wählerschaft von 20% hinter sich hat, die ihn auf Dauer als Führer einer anti-neoliberalen, linken Alternative tragen würde. Einen beträchtlichen Anteil seiner Stimmen hat er ausgerechnet dem kürzlich abgetretenen Botschafter der USA, Manuel Rocha, zu verdanken. Dieser hatte wenige Tage vor dem Wahlgang öffentlich bekundet, ein Wahlerfolg und politischer Einfluss von Evo Morales würden zu einer schweren Krise im Verhältnis zu den USA führen. Im Hintergrund steht dabei immer die Drohung mit der *descertificación* durch die US-Regierung, dem Entzug des Gütesiegels, ein – im US-Sinne – demokratischer Staat und akzeptierter Partner zu sein, mit allen damit verbundenen finanziellen Folgen. Eine solche Einmischung in den bolivianischen Wahlkampf musste den in der Gesellschaft tief verankerten „Anti-Gringo-Reflex“ mobilisieren. Evo Morales hat dadurch einen schwer quantifizierbaren Anteil von Stimmen derjenigen erhalten, die nach dem Motto „jetzt erst recht“, ein Zeichen setzen wollten.

Der Mallku: die latente Drohung

Felipe Quispe, der *Mallku*, kann sich, auch wenn er weit hinter Evo Morales liegt, mit als Sieger der Wahl fühlen. Es war abzusehen, dass er auf nationaler Ebene kaum zweistellige Stimmenanteile würde verbuchen können, zu sehr ist er in seiner Außendarstellung und in seinem radikalen Diskurs auf die Aymaras des Altiplano festgelegt. Aufgrund des guten Ergebnisses von über 17% in seiner Hochburg, dem wichtigen Departement La Paz, ist er mit mehreren Abgeordneten im Parlament vertreten. Die politische Bedeutung der Oppositionsrolle des „Mallku“ liegt in dem damit verbundenen Drohpotenzial gegenüber den etablierten Parteien und insgesamt gegenüber der städtischen, „weißen“

Gesellschaft. Stand Víctor Hugo Cárdenas während seiner Vizepräsidentschaft in der Reformregierung 1993-1997 für das Projekt eines multiethnischen, friedlichen Zusammenlebens in Bolivien, verkörpert Quispe die Antithese dazu. Der *Mallku* spielt die Karte der Drohung mit der Konfrontation, er macht kein Hehl aus seiner Verachtung gegenüber der nicht-indigenen Bevölkerungsminderheit in Bolivien, und er zwingt die etablierten – und weiterhin regierenden – Parteien dazu, ihm gegenüber Position zu beziehen. Dass die politische Position etwa eines Gonzalo Sánchez de Lozada sich durch strikte Ablehnung auszeichnet, überrascht kaum. Nur muss sich der MNR genauso wie die anderen Parteien Gedanken darüber machen, wie die Anhängerschaft Quispes möglicherweise zurückgewonnen werden könnte.

Wer führt die Bauernbewegung?

Jenseits der Frage nach parlamentarischer Vertretung und Regierungsbildung hat das Wahlergebnis von Morales und Quispe noch eine weit darüber hinaus weisende Bedeutung. Beide waren in den letzten Jahren die Führungspersönlichkeiten der wachsenden sozialen Proteste, immer in Rivalität zueinander, mit gelegentlichen taktischen Bündnissen. Jetzt, nachdem Morales *de facto* Oppositionsführer ist und auch der *Mallku* Gewicht in der parlamentarischen Politik erhalten hat, stellt sich die Frage nach der Zukunft der organisierten Bauernbewegung. Beide können versuchen, auf zwei Hochzeiten zu tanzen, zum einen als parlamentarische Oppositionskräfte und zum anderen als Anführer des außerparlamentarischen Protestes. Diese Option ist denkbar; schließlich konnte Evo Morales in den vergangenen Jahren auch als Parlamentsabgeordneter seine Position in der Bauernbewegung behaupten.

Im neuen Kongress allerdings sind Morales und Quispe so stark vertreten, dass die parlamentarische Ebene in der öffentlichen Wahrnehmung zwangsläufig mehr in den Vordergrund rücken wird. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in der Bauernbewegung und in deren gewerkschaftlichem Dachverband, der CSUTCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*), neue Führungspersönlichkeiten herausbilden werden, möglicherweise in ausdrücklicher Abgrenzung von den „arrivierten“ Parlamentariern. Insbesondere Evo Morales wird sich vor einem Dilemma sehen. Entweder übt er mit seiner großen Fraktion in entscheidenden Fragen konstruktive Opposition: Auf diese Weise könnte er versuchen, langfristig einmal zu einem akzeptablen Koalitionspartner zu werden, eine Machtbeteiligung zu erreichen und Wählerpotenziale jenseits des Protestlagers zu erschließen. Diese Option brächte aber zwangsläufig eine Distanzierung von seinen radikal-oppositionellen politi-

schen Wurzeln mit sich. Oder aber er benutzt das Parlament als Bühne für die Artikulation weit gehender Forderungen jenseits der realpolitischen Umsetzbarkeit: Dieser Weg würde gegenüber dem Kern seiner Wählerschaft zwar Glaubwürdigkeit sichern, langfristig aber die Gefahr mit sich bringen, mit seinem MAS auf der parlamentarischen Ebene wieder zu einer kaum ernst genommenen Kleinpartei zu schrumpfen. Es darf mit Spannung erwartet werden, wie sich die politische Dynamik in der bolivianischen Bauernbewegung und in deren Führung in den nächsten Jahren gestalten wird.

Reyes Villa: der gestürzte Favorit

Für Manfred Reyes Villa und seine Anhänger war das Wahlergebnis ein Schock. Der Ex-Militär und langjährige Bürgermeister von Cochabamba war sich nahezu sicher, den ersten Platz zu belegen und damit eine bequeme Auswahl zwischen potenziellen Koalitionspartnern zu haben. Hunderte von Mitstreitern bereiteten sich darauf vor, fünf Jahre lang gut dotierte Posten zu erhalten und somit im Schlepptau des zukünftigen Präsidenten ihr Auskommen zu finden. Und dann die Niederlage... nicht nur gegen Sánchez de Lozada, sondern auch gegen Evo Morales. Nicht einmal seine Hochburg Cochabamba konnte Reyes Villa gewinnen, auch dort blieb ihm hinter Morales nur der zweite Platz.

Noch bevor sich das neue Parlament konstituiert hatte, zeigten sich in den Wochen nach der Wahl erste Zerfallstendenzen in der Fraktion seiner *Nueva Fuerza Republicana* (NFR). Dabei wird deutlich, dass es sich bei der NFR um ein loses Zweckbündnis derer handelt, die sich von der Unterstützung Reyes Villas Vorteile versprochen. So gehört die NFR zu einem Typ von „Parteien“, der aus Peru beispielsweise mit der gegenwärtigen Regierungspartei *Perú Posible* bekannt ist: Entstanden als Unterstützerbündnis für den Spitzenkandidaten, zusammengehalten nur durch dessen Person, fehlen diesen Parteien gemeinsame politisch-programmatische Grundlagen und kohäsionsstiftende Parteitraditionen. Trotz der Verbitterung über die Niederlage wären nicht wenige aus der NFR als Koalitionspartner mit Sánchez de Lozada gerne Teil der Regierung geworden. Nur dieser Weg hätte dafür gesorgt, dass über *cuotas de poder* (Machtquoten), zumindest ein Teil der ersehnten Posten mit NFR-Funktionären besetzt worden wäre. Nun haben die Verhandlungen ein anderes Ergebnis gebracht: Der MIR regiert mit und die NFR bleibt draußen. Damit ist ein Zerfall der NFR noch wahrscheinlicher geworden, denn die Attraktivität einer Partei, in der es nichts zu verteilen gibt, ist äußerst begrenzt.

Die etablierten Parteien haben bei dieser Wahl den Angriff populistischer, „unabhängiger“ Kandidaten mit ihren kurzfristig zusammengestricken Unterstützerbündnissen noch einmal abwehren kön-

nen. Noch vor einigen Monaten sah das anders aus. Nicht nur Manfred Reyes Villa trat mit einem gegen die etablierten Parteien gerichteten Diskurs auf. Auch ein gewisser Alberto Costa Obregón, der zuvor nicht politisch in Erscheinung getreten war, schien zeitweise zu einem aussichtsreichen Kandidaten zu werden. Sein politischer Atem reichte allerdings nicht bis zum Wahltermin: Seine Liste wird unter „sonstige“ verbucht. Eine solche Entwicklung ist typisch für diese Art von „unabhängigen“ Kandidaturen. So werden mehrere Kandidaturen lanciert, und im Verlauf des Wahlkampfes ist vom überraschenden Aufstieg völlig unbekannter Kandidaten bis zum plötzlichen Absturz in die Bedeutungslosigkeit alles möglich. Reyes Villa ist immerhin der Absturz vor der Wahl erspart geblieben, ob seine NFR fünf Jahre in der Opposition als politisch relevante Kraft überleben wird, scheint aber zweifelhaft.

Eine Präsidentschaft Reyes Villa hätte ein Zeichen dahingehend gesetzt, dass die etablierten Parteien auch in Bolivien aus der Macht verdrängt würden – vielleicht nicht so drastisch wie in Peru, aber doch in Form einer deutlichen Tendenz. Neu an Kandidaturen wie der von Reyes Villa ist im bolivianischen Fall, dass die Herausforderung an die etablierten Parteien in seinem Fall nicht von einer Partei bzw. einem Kandidaten kam, der explizit im indigenen Lager auf Stimmenfang gegangen wäre. Diese Möglichkeit haben in der Vergangenheit bereits CONDEPA und UCS demonstriert sowie in diesem Jahr Evo Morales und Felipe Quispe. Mit Manfred Reyes Villa präsentierte sich dagegen ein Kandidat, der sich an das ganze Spektrum der Wählerschaft von MNR, MIR und ADN richtete. Das Wahlergebnis zeigt, dass ein entsprechendes Wählerpotenzial existiert – für die Machtübernahme reichte es nicht.

Sánchez de Lozada „zum Zweiten“

Bolivien steht am Beginn der zweiten Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada. Der wohlhabende Unternehmer, der mit COMSUR eines der größten privaten Minenunternehmen Boliviens aufgebaut hat, war in den frühen 80er Jahren einer der Architekten des neoliberalen Programms, das unter Víctor Paz Estenssoro seit 1985 durchgesetzt wurde. Als einer der wenigen beteiligten Unternehmer verfügte er überdies über einen gewissen „MNR-Stallgeruch“. Dies waren die besten Voraussetzungen, um mit kräftiger Unterstützung des hochbetagten Revolutionshelden Paz Estenssoro und mit dessen unumstrittener Autorität in der Partei zu seinem Nachfolger ernannt zu werden. 1989 gewann Sánchez de Lozada zwar die Wahl, konnte aber gegen das Bündnis von MIR und ADN nicht Präsident werden. 1993, als der MNR mit großem Vorsprung gewann, war es dann so weit. Sánchez

de Lozada, in den USA aufgewachsen und damit international geprägt sowie mit einer gewissen großbürgerlichen Souveränität ausgestattet, setzte die bereits benannten Akzente: Er ernannte einen Aymara als Vizepräsident und nahm Aufsehen erregende Reformen in Sachen Demokratisierung und Bildungssystem in Angriff. In seiner Partei war er zwar nicht beliebt, aber er behielt auch nach Ende seiner Amtszeit den MNR-Vorsitz.

Es stellt sich die Frage, ob und wenn ja, in welcher Form die Reformen der ersten Regierung Sánchez de Lozada eine Neuauflage erleben könnten. Die Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden. Mit dem MIR weiß Sánchez de Lozada nun einen Koalitionspartner an seiner Seite, der in den vergangenen fünf Jahren eher für die unspektakuläre Verwaltung des Status Quo und für das allmähliche Versanden der genannten Reformen stand. Aus den Koalitionsverhandlungen sind keine spektakulären politischen Vorhaben bekannt. Erst die Praxis des Regierungshandelns wird zeigen, ob über die ritualisierten Bekenntnisse zur Belebung der Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit hinaus mehr erwartet werden darf. Es mag den Koalitionspartnern zugestanden sein, dass Sachzwänge den Handlungsspielraum erheblich einengen, aber trotzdem: Der Charme der Zeit von 1993 bis 1997 lag gerade darin, dass trotz aller Sachzwänge neue, innovative Vorhaben auf den Weg gebracht wurden. Damals gab es so etwas wie eine Aufbruchstimmung, von der heutzutage nichts zu bemerken ist.

Eine der gesellschaftspolitischen Trumpfkarten der ersten Regierung Sánchez de Lozada war die

„ethnische Öffnung“ der Politik, die sich nicht nur auf die Symbolkraft der Vizepräsidentschaft von Víctor Hugo Cárdenas beschränkte. Mit der *Participación Popular* und den Initiativen für eine zweisprachige Schulbildung für Kinder, deren Muttersprache nicht Spanisch ist, haben solche Reformen – so sehr diese im Detail auch kritikwürdig gewesen sein mögen – gerade auch für die indigene Bevölkerung spürbare, positive Veränderungen bewirkt. Jetzt allerdings sieht sich Sánchez de Lozada mit einer parlamentarischen Opposition konfrontiert, die durch die Präsenz von Evo Morales und Felipe Quispe explizit die Vertretung des indigenen Bolivien für sich in Anspruch nimmt. So fragwürdig deren Positionen auch sein mögen, ist doch eine Regierungsbildung, bei der etablierte Parteien an der Regierung den Vertretern der Bauernbewegung in der Opposition gegenüberstehen, ausgesprochen problematisch.

Es darf Gonzalo Sánchez de Lozada unterstellt werden, dass ihm die seinerzeit initiierten Reformen auch weiterhin ein persönliches Anliegen sind. Dies gilt auch für den Vizepräsidenten Carlos Mesa, über lange Jahre der wohl profilierteste Moderator politischer Fernsehsendungen Boliviens. Ob allerdings die politische Kraft dieser Regierungskoalition unter der Führung von Sánchez de Lozada ausreichen wird, um noch einmal eine solche Reformdynamik in Gang zu setzen und über fünf Jahre zu tragen, scheint mehr als unsicher.

Autorennotiz: Ulrich Goedeking, Dr. phil. (des.), Entwicklungssoziologe und freier Journalist mit regionalem Schwerpunkt auf den Andenländern. Thematische Schwerpunkte: Politische Eliten, politische Rationalitäten, Parteien, Ethnizität und Politik, aktuelle politische Entwicklungen.
E-mail: Ulrich.Goedeking@t-online.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>